

Bezugspreise:

Der Halle monatlich bei zweimaliger ... 7.00 Mark, vierteljährlich ... 21.75 Mark, halbjährlich ... 42.00 Mark, jährlich ... 82.00 Mark.

Abend-Ausgabe.

Zeitung

Sechshundertachtzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:

Die 8 gefaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Sonntag 40 Pf., Restanten ... 2.50 Mark.

Nr. 50.

Halle, Montag den 31. Januar 1921.

Einzelpreis 30 Pfa.

Der Aufmarsch zum Entscheidungskampf.

Dem Kampfbunde stehen in den nächsten Wochen schwere Stunden bevor, in denen es um mehr geht, als nur um die materiellen Vorteile einzelner Berufsstände. In diesen wichtigen Tagen die volle Bedeutung der Entscheidung erkennen, als nur der Ausgleich der wirtschaftlichen Rechte und die gleiche Bewertung der verschiedenen Berufsleistungen. Man braucht nur die bereits jetzt in den Wärenten erschienenen Werbungsarbeiten der Parteien genau durchzulesen, um zu erkennen, daß der Kampf in seinem Kern sich darum dreht, ob Preußen ein gleichberechtigtes Glied in dem großen einigen deutschen Volkstaat bleiben soll, oder ob wir in der Zukunft wieder unter den Spannungen des Parteilichismus zu leiden müssen, der mehr als einmal das selbe Geschehe des einen Preußen Reiches zu getrenntem brachte.

Um sich darüber klar zu sein, welchen Weg das Volk gehen muß, um aus der tiefen Not wieder heraus zu kommen, muß die Masse der Wähler folgenden Tatsachen unbedingt Rechnung tragen:

1. Die gegenwärtige Not ist und bleibt eine unabänderliche Folge der falschen Kriegswirtschaftspolitik, die mit ihrem System der Anreizpreise und der Anreizloshemmungen in den Munitionsbetrieben das gesamte Wirtschaftsleben auf eine falsche Grundlage und auf den Ruinbau eingeleitet hat in der falschen Voraussetzung, daß bei einem freigelegten Ausgang eines künftigen Krieges die unterliegenden Öegner alles bezahlen. Von den Folgen dieser unabänderlichen Tatsache kann keine Regierung, welcher Staatsform auch immer es sei, das deutsche Volk frei machen. Nur Sparmaßregeln, Ordnung, Arbeit, Selbstaucht, selbstlose Pflichttreue, Hingabe des einzelnen an das Ganze, strenge Zusammenfassung aller Volkskräfte zum Dienst am Vaterlande können die Folgen mildern und darüber hinweghelfen. Das aber sind selbstverständliche nationale Voraussetzungen für ein Volk, das zur Selbstbehauptung seiner Existenz im Sinne der demokratischen Verfassung reif und sich dieser Reife bewußt ist.

2. Eine ungeleitete Wiederaufbauarbeit ist unmöglich, wenn das deutsche Volk über unbekannte Parteipolitik in zwer große Lager gespalten wird, die sich feindselig gegenüberstehen. Ein Staatspaß ohne oder gegen die gemittelte Sozialdemokratie ist nach der realen Lage der Dinge einfach unmöglich. Die Sammlung der bürgerlichen Elemente unter dem Banner der Monarchie oder des Volksohntums, also in dem mehr oder weniger stark betonten Gedankenpaar von Disziplin und Untertanen, bringt naturgemäß den feindlichen Gegenstand aller berechtigten Elemente, die auf die Freiheit des demokratischen Volkstaates als der höheren Form der menschlichen Ordnung nicht mehr verzichten wollen. Also selbst wenn eine Mehrheit für den Ehrheitsstaatsgedanken zu haben wäre, so müßte diese immer nur schwach sein und würde mit unabwehrlicher Konsequenz eine gewalttätige Umwälzung der Verhältnisse auslösen. In demselben Maße würde aber eine Gegenaktion einleiten gegen jeden mit irgend welcher Mehrheit ungenommener Versuch der Einführung der kommunistischen Staatsordnung. Also mit anderen Worten: der verfallene Zug nach dem rechten wie dem linken Extrem wird unabwehrlich zum Bürgerkrieg führen, weil sich immer eine viel zu große Minderheit des Volkes verweigert führen müßte, als daß sie den Druck der schwachen Mehrheit ertragen könnte. Wohin die Folgen solcher endlosen wechselnden Extremen wirtschaftlich führen muß, darüber sollte sich doch heute wirklich kein denkender Deutscher mehr im Unklaren sein. Wir wären zum Chaos. Und dieses Chaos würde der Entente der willkommene Anlaß sein, mit ihren militärischen Machtmitteln dem deutschen Staatsleben den Todesstoß zu versetzen und dem deutschen Volke den Gedanken an jedes imperialistische Verlangen zu entreißen. Wenn wir das ausbrecken, so ist das kein Schicksal nach der Entente, sondern lediglich das Verschleppen einer tiefertraurigen aber nicht absehbaren brutal-wahren Katastrophe.

Wer es also wirklich ehrlich mit dem deutschen Volke meint, mit heiserer Stimme am Vaterlande hängt und an die Kraft unseres Volkes zum Wiederaufstieg glaubt, kann gar nicht anders, als dazu aufstehen, am 20. Februar seiner Partei die Stimme zu geben, deren Stärkung zu der gekennzeichneten Katastrophenpolitik der Extremisten führen muß.

Für jeden klaren Verstand gibt es nur einen einzigen Weg, und das ist der, die realen Zustände anzuerkennen und zwischen den extremen Meinungen eine Mittlinie zu schaffen, die den Zusammenbruch der extremen Elemente und damit den Bürgerkrieg verhindert. Der Kern dieser Mitte ist und kann aber nur eine Partei sein, die weder mit den reaktionären noch mit den linksradikalen Tendenzen in irgendeiner Form übereinstimmt, sondern nichts anderes will, als nur die unabwehrliche Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes des souveränen Volkes und die Verwirklichung des deutschen Einheitsgedankens im Sinne der vom ganzen deutschen Volke gelungener Idee eines Hoffmann von Fallersleben und anderer Helden des Deutschiums. Wer in diesem Sinne deutsch ist und national denkt, kann gar nicht anders, als am 20. Februar den Rechten und Linksradikalen die Gefügigkeit zu versagen und deutschdemokratisch für alle drei Körperparteien stimmen.

Jedem Demokraten, jedem Aler unserer Väter müßte es Ehrenpflicht sein, in diesem Sinne überall aufzuklären zu wirken und auch die „Saale-Zeitung“ als Trägerin solcher Gedanken in seinem Bekanntheitskreis so intensiv zu verbreiten, wie es u. a. auch von den Linksradikalen mit ihrer Feindschaft getan wird. Niemand darf lau werden. Die drohenden Gefahren sind tiefgreifend und können nur überwunden werden, wenn alle landesüblichen Deutschen dem demokratischen Gedanken weite Verbreitung zur Bildung einer Partei mitteilen.

Also auf zur Tat, es es zu spät ist!

gere Ideen durchzuführen und durchzuführen und sich nicht in bloßer Kritik herauszugeben und erschöpfen. Darüber, daß der Reichstag in seiner gegenwärtigen Verfassung dieser Forderung nicht genügt, wird wohl weder er selbst, noch irgend ein anderer Mensch auch nur im geringsten im Zweifel sein. Die Arbeitsmethode des Reichstages hat gründlich veraltet und verliert von Tag zu Tag mehr an Wert. Es fehlt nicht an reichhaltigen Betrachtungen und Ängsten. Die Deutsche demokratische Fraktion hat das Verdienst, aus diesem Stadium heraus, den Weg zur Tat eingeladen zu haben. Sie bringt Anträge, die eine durchgreifende Veränderung und Besserung bezwecken.

Diese Anträge bezeugen die drei Defekte, auf denen sich die Mängel des heutigen Zustandes besonders drastisch zeigen. Der Reichstag erstickt im parlamentarischen, der in Wahrheit von ihm nur formell als Selbstversammlung existiert, während tatsächlich sich nur eine kleine Anzahl seiner Mitglieder mit ihm beschäftigt. Hier soll das, was ist, auch zum Ausdruck gebracht werden. Dinge, insbesondere Gelegenheitsfälle ohne große prinzipielle oder praktische Bedeutung sollen in einem Ausschuss erledigt werden können, und nur diejenigen, die ihrer Art nach vor die Vollversammlung gehören, auch wirklich zur Übermittlung und von ihr erledigt werden. Sodann muß dafür gesorgt werden, daß das Geschäftsfeld der Ausschüsse nicht überlastet. Ein Etat, der erst zum Schluß des Etatsjahres für das bestimmt ist, abgeschlossen wird, ist begrifflich und entbehrt jeder praktischen Einwirkung. Deshalb soll eine feste Zeitgrenze für die Etatsberatung der Gestalt gegeben werden, daß, wenn die Debatte nicht einhalten, sie abgeschlossen werden, und der Rest durch Abstimmung ohne Debatte erledigt wird. Endlich muß das Uebermaß der Interpellationen und Anfragen eingedämmt werden. Wenn man grundsätzlich Ausnahmen vorbehalten will, so ist es notwendig, die Einbringung einer Interpellation und einer Anfrage angeht, so wird dadurch die ganze Einwirkung im Einklang mit der Größe der Fraktionen gebildet. Daß dies bei der Transparenz der Zeit des Parlamentes entscheidet, ist nicht mehr als recht und billig. Hierzu soll noch eine planmäßige Einteilung der Arbeitstage durch Sperrung von Plenarsitzungen und Ausschüßberatungen, sowie die Freibehaltung der ersten vier Tage jeden Monats von Volk und Ausschüßungen hinzuwirken. Alle diese Dinge scheitern freilich eines Tages, das die notwendigen Entscheidungen zu treffen hat. Um ein solches zu schaffen, empfiehlt sich der Aufbau des Volkskammerats, der bisher eine lediglich beratende Tätigkeit in Unterfertigung des Reichstagspräsidenten entfaltete, aber in ihr sich gut bewährt hat. Er dürfte wohl in der Lage sein, als Vertrauensorgan des Reichstages die neuen Aufgaben zu lösen. — Dann ist ein Schritt nach vornwärts getan. Es wäre dringend zu wünschen, daß der Reichstag sich möglichst schnell mit diesen Vorläufen befaßt. Jede Fortdauer des herkömmlichen Zustandes ist nicht nur ihm selbst schmerzhaft, sondern auch dem Reich und der Staatsautorität gefährlich, deren wichtigster Träger er in der neuen Verfassung ist.

Die Pariser Konferenz.

Sonnabendabend ist folgendes offizielle Rom-munique ausgegeben worden: Die Konferenz hat im Laufe der beiden Sitzungen, die sie heute abgehalten hat, sich mit der Ausarbeitung des Übereinkommens beschäftigt, das unter ihren Mitgliedern über die beiden Hauptfragen der Reparationen und der Wiederaufbauarbeiten, hinsichtlich der Entlastung hat sie die Möglichkeit gebildet, die sich die Sachverständigen für militärische, maritime und Industrieangelegenheiten mit dem Zweck unterbreiten, von Deutschland die vollständige Ausführung der Verpflichtungen zu fordern, die sich für dieses sowohl aus dem Vertrag als aus den Noten von Boulogne und dem Protokoll von Spa ergeben. Hinsichtlich der Reparationen ist das gestern von den Sachverständigen vorbereitete Arrangement besprochen, vervollständigt und schließlich einmütig gebilligt worden. Die Alliierten haben schon jetzt unter sich die Maßnahmen festgelegt, die eventuell angewendet werden sollen, im Falle, daß Deutschland sich weigern würde, lokal und lokales seine Verpflichtungen auszuführen, die sich auf die Reparationen und auf die Entlastung erstrecken. Ausdrücklich, einseitig und von der Hoffnung erfüllt, daß Deutschland aus sich selbst heraus seinen Verpflichtungen nachkommen werde, haben die Alliierten geglaubt, in diesem Augenblick diese Bestimmungen in Berlin nicht notifizieren zu lassen. Qualifizierte Vertreter der deutschen Regierung werden eingeladen werden, Ende Februar in London mit den Vertretern der alliierten Mächte zusammenzukommen. Das Kommuniqué stellt also klar, welche Fragen von der Konferenz im Laufe dieser Woche noch gelöst wurden, und betont als das wichtigste Ergebnis der Konferenz, daß die Entscheidungen in der beschriebenen und engsten Einigkeit und im Einverständnis erfolgt sind.

Der diplomatische Mitarbeiter der „Agence France“ sagt, daß im Laufe des Sonnabendabend

Deutschland folgender Beschluß mitgeteilt wurde:

Hinsichtlich der Entlastung nach Deutschland insgesamt genau den Vereinbarungen des Friedensvertrages anpassen, die überzähligen Offiziere vor dem 28. Febr. entlassen, die Bürgerwehr vor dem 30. Juni auflösen.

Reichstagsreform.

(Von einem Parlamentarier.)

Der Abg. Radtack hat keine erfindungsreiche Rede zum Justiztag mit der Bemerkung gefällig, daß zur Durchführung seiner Gedanken vor allem ein arbeitsfähiger Reichstag gehört, der auch wirklich imstande sei, wirtschaft-

lich im Reich zu wirken. Die Delegationen der Parteien, die sich in der Reichstagsreform vereinigen, haben den Parteien der Mitte nur ununterbrochen und mit raffiniertester Geschicklichkeit Anträge zwischen die Beine gemorren, haben die Unaufrichtigkeit geübt, um hinterher die in ihrer Arbeit geklemmte Regierung noch wegen der durch sie nicht verursachten Demümnungen zu schmähen und der Unfähigkeit zu zeihen.

Das ist ein Mißbrauch der Freiheiten, die die demokratische Staatsverfassung gegeben hat, der nicht die Verfassung und die durch sie geübtere Staatsform distruieren, sondern einzig und allein die Elemente, welche sich durch ihre hilflosen Anträge der realen Freiheiten unwürdig erweisen.

Die Delegationen der Parteien behauptet, rückfällige Partei und rechtlose Willkür auf der einen, verderbliche Schwäche und Unfähigkeit auf der anderen Seite drohen alles zu zerstören, was den preussischen Staat und den preussischen Namen groß gemacht hat. Weiter behauptet sie, daß jeder Terror sich offen entfalten dürfe und daß die Regierung, die den Staatsbürger nicht zu schätzen imstande sei, noch den friedlichen Selbstschutz unterdrücke.

Diese Behauptungen sind ein Schlag ins Gesicht der Mehrheit des deutschen Volkes, denn durch den Mehrheitswillen des souveränen Volkes ist im Rahmen der gültigen Verfassung die Regierung gebildet worden. Und wenn diese Regierung heute noch nicht die Macht und die Autorität hat, ihren Willen und damit den Willen der Volksmehrheit richtig durchzusetzen, so liegt das nicht an ihrer Unfähigkeit oder Schwäche, sondern einzig und allein daran, daß die Opposition von rechts wie von links diese Autorität gleichmäßig sabotiert, weil ihr die gleiche Wirkung nicht paßt!

Die aufstrebenden Minderheiten haben bisher weder die rechtsprechenden noch die linksgerichteten Extremisten in nennenswertem Maße geleitet. Sie haben den Parteien der Mitte nur ununterbrochen und mit raffiniertester Geschicklichkeit Anträge zwischen die Beine gemorren, haben die Unaufrichtigkeit geübt, um hinterher die in ihrer Arbeit geklemmte Regierung noch wegen der durch sie nicht verursachten Demümnungen zu schmähen und der Unfähigkeit zu zeihen.

Das ist ein Mißbrauch der Freiheiten, die die demokratische Staatsverfassung gegeben hat, der nicht die Verfassung und die durch sie geübtere Staatsform distruieren, sondern einzig und allein die Elemente, welche sich durch ihre hilflosen Anträge der realen Freiheiten unwürdig erweisen.

Die Kreuzschiffe vor dem 30. April entwall-

Die im Bau befindlichen Kriegsschiffe, sowie alle Unterseeboote vor dem 30. Juli zu sein.

Der Minister der Marine hat die Reparations-Kommission über die Reparationsarbeiten in der Ostsee informiert.

Die Reparations-Kommission wird den deutschen Export überarbeiten.

Deutschland wird den Alliierten, entsprechend den ihnen zufließenden Anteilen Guldenscheine für die Jahresraten geben.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen betreffen vor allem in der Besetzung neuer Gebiete, Verlängerung der Besetzung der Rheinlande und Ausschließung Deutschlands vom Balkan.

Die Prämie von 2 Goldmark pro Tonne guter Kohle wird aufrechterhalten.

Nach Schluss der Konferenz erklärte Lord George französische Journalisten, sein Eindruck von der Konferenz sei ausgeglichen; wenn man nicht zu einer vollständigen Verständigung gelangt wäre, hätten nur die Deutschen sich darüber freuen können.

Man würde Deutschland nicht wegen jedes leichten Verstoßes mit der Anwendung von Zwangsmaßnahmen drohen, aber diese Maßnahmen würden in ihrer Gesamtheit bloß zur Anwendung gelangen, wenn die Alliierten es für nötig halten.

Die Frage der interalliierten Schulden würde Hauptgegenstand mit dem allerbesten Willen regeln. England habe versprochen, 5 Jahre lang seinen Anteil an der deutschen Entschädigungssumme nicht zu kapitalisieren, nur, um einer etwaigen französischen Zuleide nichts in den Weg zu legen.

Die Brüsseler Konferenz.

Nach einem Bericht der Japans-Agentur haben der französische Finanzminister Doumer und der englische Delegierte Sir Worthington Evans einen Inkursionsentwurf aufgestellt für die alliierten Sachverständigen auf der Brüsseler Konferenz.

Das Ministerium ohne Minister.

Nach Erhebung des Etats des Reichsanwalters befrucht der Haushaltsausgleich getrennt dem Haushalt des Wiederbauministeriums. Der Ministerposten ist bekanntlich zurzeit unbesetzt.

Janja Zarifsch.

Janja Zarifsch. Ballet, 31. Januar. Varietè... Varietè im besten und im schönsten Sinn. Nicht etwa: Übertragung der Macht auf den Tanz, nicht leibliche Regungen, durch die Tanzkunst fließend.

Im zweiten Teil gibt es russische Nationaltänze mit einem Balalaika-Orchester. Hier erst können sich die Zuschauer, die letzten Endes auf Temperament gedehnter Tänzer legen.

Beamtensverhältnis zu verwenden. Wenn wirklich noch Kräfte gebraucht würden, sollte man auf die an anderen Stellen überflüssig gewordenen Beamten zurückgreifen.

Die Kirchenwahlen in Preußen.

haben in den letzten Tagen stattgefunden. Da in den meisten Gegenden Kompromisse geschlossen waren, so sind fast nur die Berliner Wahlen beachtenswert; aber diese verdienen auch wirklich die Beachtung des Politikers.

Arbeitsbeschaffung.

Berlin, 31. Januar. Unter dem Vorhitz des Reichsanwalters und in Gegenwart der beteiligten Reichs- und preussischen Reformminister und Vertreter der politischen Parteien des Reichstages fand gestern eine Aussprache über die Arbeitsbeschaffung statt.

Arbeitsmärkte sehen nach allgemeiner Auffassung die Beschaffung der Bauartigkeit. Auch die Zufuhranstalten der deutschen Industrie wurden eingehend erörtert.

Verlogene Kampfesweise.

In verschiedenen Zeitungen ist ein Artikel des deutschen Reichstages über das Bundesratsergänzungsgesetz erschienen, in dem die Bedeutung der Deutschennationalen, um die Aushebungsbeamten im Heile Licht gerückt werden.

Ernährungsfragen.

Entgegen einer von einer Telegraphenagentur verbreiteten Meldung, daß Reichs- und Ernährungsminister Hermes in der Sonntags-Reichstagsitzung erklärt habe, daß vom 15. Februar an die Rationierung von 200 Gramm erhöht werde.

Die deutschen Benzollieferungen an Frankreich.

Auf Grund des Friedensvertrages ist Deutschland verpflichtet, 35 000 Tonnen jährlich für 3 Jahre an Frankreich zu liefern. Die Vertreter Deutschlands haben den Franzosen und der Reparations-Kommission ausführlich dargelegt, daß die Lieferung dieser Menge uns in eine äußerst schwierige Lage bringen würde.

denen die Sinne mehr verlangen, als die Körper geben können. An der Spitze die Dame Julia Zarifsch. Etwas Leichtsinnigkeit mit der Sachette. Schlaf, überflüssig fast, ein kleines Mühen, Goldplomben, blühende Augen.

Dazu spielt ein Original-Balalaika-Orchester. Flott, energig, harmonisch. Aber noch kein Balalaika-Orchester hörte, kannte über die Wirkungen, wie sie schon jetzt mit ihren simplen Instrumenten erzielen.

Das Ende des Expressionismus.

Beitrag von Dr. Burkhard Meyer in der Woziburg. Halle, 30. Januar. Der Redner stellte sich, wie er behauptet, die Aufgabe, zu dem Vortrag, den Dr. Griesbach im November vorigen Jahres über die Krisis in der modernen Kunst gehalten hat, die praktische Ergänzung zu geben.

Er führte in großen Zügen aus: Der Expressionismus hat uns in Dekorationen und in der lebendigen Kunst um neue Möglichkeiten bereichert. Er ist während seines Entstehens und seiner Dauer in einem Maße von literarischem Jäh und Wider begleitet gewesen, wie es noch bei keiner Kunst der Fall war.

Der Kreis der Bekanntheit unter den Expressionisten hat sich sehr vergrößert. Die Expressionisten zweiten Grades wirken schon, unaufrichtig, manieriert. Sie haben mit den Großen der Formzertrümmerung nicht weitergedritten zum Aufbau neuer Formen.

Nach dem Gelehrten zu urteilen, befindet sich also der Expressionismus im Absterben. Er hat den Gipfel überschritten, ohne auch nur ein einziges Gipfelwort zu hinterlassen.